

INHALT

1. Gorch Fock in Kiel eingelaufen
2. Hebammen demonstrieren und sprechen mit Regierungsfractionen
3. CDU-Haushaltspolitiker fordern Insolvenzrecht für EU-Staaten
4. Länderfinanzausgleich: Verhandlungslösung für Neuregelung nach 2019 eingefordert
5. Sechs Jahre Regierungsverantwortung der CDU

06.05.2011

Gorch Fock in Kiel eingelaufen

Von Boetticher: Ausbildung auf dem Segelschulschiff muss weiter gehen!



Dr. Christian von Boetticher, MdB

Unter großer medialer Aufmerksamkeit ist heute das Segelschulschiff der Marine "Gorch Fock" in ihren Heimathafen Kiel eingelaufen. CDU-Fraktionschef Christian von Boetticher war persönlich bei der Begrüßung an der Tirpitzmole anwesend: „Es ist mir ein Bedürfnis, die Männer und Frauen der Besatzung willkommen zu heißen und ihnen zu zeigen, dass wir zu ihnen stehen“, betonte von Boetticher.

Er hoffe, dass sich die bislang größtenteils unbewiesenen Vorwürfe nun schnell entkräften lassen und gegenseitiges Vertrauen zwischen Besatzung und Führung wieder hergestellt werden kann.

Wenn sich die bisherigen Berichte bestätigten, könnte der bei der Besatzung geachtete Kommandant Norbert Schatz vollständig rehabilitiert werden: „Ich würde mir für diesen Fall

wünschen, dass Herr Schatz die Gelegenheit erhält, die „Gorch Fock“ weiter zu führen. Das wäre ein gutes Zeichen, auch und gerade für die Besatzung“.

Ohne Frage gelte es, alle bestehenden Vorwürfe lückenlos aufzuklären. Allerdings hätte es dabei nicht zu den öffentlichen Vorverurteilungen kommen dürfen.

Von Boetticher bekannte sich erneut zu einer fordernden Ausbildung auf der "Gorch Fock". Dabei gehe es um mehr als um den Erwerb nautischer Kenntnisse an Bord. „Es geht auch darum, zu gucken, wer zur Übernahme von Führungsverantwortung geeignet ist“, so von Boetticher. Dabei sei die „Gorch Fock“ ebenso wenig zu ersetzen, wie in ihrer Rolle als „Botschafterin in weiß“.

Hebammen demonstrieren und sprechen mit Regierungsfractionen

Koalition setzt sich auf Bundesebene für die Betroffenen ein

Die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Ursula Sassen zeigte Verständnis für die in dieser Woche stattfindenden Proteste der Hebammen. „Der Protest der Hebammen ist berechtigt.“

Niedrige Gebührensätze und die nun gestiegenen Haftpflichtversicherungsprämien führten zur existenziellen Bedrohung und gefährdeten die flächendeckende Hebammenhilfe. Die Vergütung für die Hebammen wird auf Bundesebene zwischen dem Hebammenverband und den Spitzenverbänden der Krankenkassen ausgehandelt.

In einem Gespräch mit dem Vorstand des schleswig-holsteinischen Hebammenverbandes sagten die Koalitionsfraktionen den Betroffenen ihre Unterstützung für die nächste Verhandlungsrunde zu. „Ich kann verstehen, dass die Geduld der Hebammen ein Ende hat. Die Landespolitik muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um eine wichtige Säule der Betreuung während der Schwangerschaft und danach nicht zu verlieren“, so Sassen. In Kürze sollen Gespräche mit dem Bundesgesundheitsministerium geführt werden.



Ursula Sassen, MdL, im Gespräch mit Teilnehmerinnen der Demonstration

CDU-Haushaltspolitiker fordern Insolvenzrecht für EU-Staaten

Finanzpolitische Sprechertagung auf Norderney

Mit dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) soll ein Insolvenzrecht für Staaten und Sanktionen eingeführt werden, das automatisch in Kraft tritt, wenn Mitgliedstaaten

Maastrichtkriterien verletzen.

Das forderte die Konferenz der haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen in den deutschen Landesparlamenten in einem einstimmigen Beschluss auf Norderney. „Wir wollen nicht, dass nationale Haushaltsrisiken und Schulden vergemeinschaftet werden. Die EU ist keine Transferunion“ so der Schleswig-Holsteinische CDU-Finanzexperte Tobias Koch. Bei der Umsetzung der ESM-Beschlüsse in nationales Recht müsse der parlamentarische Zustimmungsvorbehalt in vollem Umfang gewährleistet werden, heißt es in dem Beschluss wörtlich.

Die Haushalts- und Finanzfachleute der Unionsfraktionen unterstützen in ihrem Beschluss grundsätzlich die Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro. Die Abstimmungsregelungen im Rahmen des „Paktes für den Euro“ stoßen genauso auf Zustimmung wie das Vorhaben, den befristeten Rettungsschirm unter Einbeziehung privater Gläubiger in den ESM zu überführen. Die Sprecherkonferenz gibt jedoch zu bedenken, „dass allzu schnelle und großzügige Hilfe die Haushaltsdisziplin und die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten untergraben können“, so der Beschlusstext.

Wie Tobias Koch verdeutlichte, ist den Abgeordneten daran gelegen, die parlamentarische Kontrolle über die Euro-Stabilitätspolitik zu behalten. Sie begrüßen daher, dass Hilfen des ESM nur nach einstimmigen Beschlüssen möglich sind und auch nur dann, wenn sie für die Stabilität der Währung insgesamt unabweisbar und an strenge Auflagen unter Einbeziehung des IWF geknüpft sind. Der deutsche Vertreter im Gouverneursrat des ESM soll Hilfskrediten nur zustimmen können, wenn der Bundestag als Haushaltsgesetzgeber zuvor eingewilligt hat.



Die Teilnehmer der finanzpolitischen Sprechertagung

Länderfinanzausgleich: Verhandlungslösung für Neuregelung nach 2019 eingefordert CDU-Sprechertagung fordert politische Lösung

In einem einstimmigen Beschluss zur „Reform des Länderfinanzausgleichs ab 2019“ verständigte sich die Konferenz auf Leitgedanken. Steuermehreinnahmen sollen für Geber- wie Nehmerländer nicht mehr im bisherigen Umfang im Länderfinanzausgleich verrechnet werden.

Nach Ansicht der Fachpolitiker befinden sich die Anreiz- und Ausgleichsfunktion des Länderfinanzausgleichs in keiner zweckdienlichen Balance. Tobias Koch: „Bislang werden die Mehreinnahmen der Nehmerländer nahezu vollständig verrechnet. Das schafft keine Anreize.“ Die Sprecher verweisen in ihrem Beschluss erneut darauf, „dass eine Reform sowohl einen solidarischen und leistungsfähigen Ausgleich, als auch die Stärkung eines Anreizsystems nebeneinander beinhalten muss“. „Für die Länder muss es sich lohnen, ihre Wirtschaftskraft zu

steigern und ihre Steuerbasis zu verbreitern“, erläuterte Koch. Damit der Länderfinanzausgleich dauerhaft akzeptiert wird, ist es nach Meinung der Sprecherkonferenz unabdingbar, dass alle Länder die Schuldenbremse und die Vorgaben des Stabilitätsrates einhalten.

Entschieden werben die Haushalts- und Finanzpolitiker dafür, die Reform des Länderfinanzausgleichs für die Jahre nach 2019 „aus den Parlamenten heraus“ vorzubereiten. Die Politik müsse den Anspruch haben, „auch schwierige Verteilungskonflikte selbst zu lösen“, so der Beschlusstext. Für Koch käme es einer Kapitulation der Politik gleich, wenn dieses Thema vor Gericht ausgefochten würde. „Bis 2019 gilt die gegenwärtige Ausgleichsregelung. Wir wollen eine frühzeitige Neuregelung, damit Planungssicherheit für die Jahre danach herrscht“, so der Finanzexperte.



Tobias Koch, MdB

Sechs Jahre Regierungsverantwortung der CDU

Neuer Flyer: Gute Entwicklung bei Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen



Der neue Flyer

Parlamente und Regierungen schaffen keine Arbeitsplätze und keine Ausbildungsplätze. Sie schaffen die Rahmenbedingungen, die wirtschaftliches Handeln verbessern. Wenn genau diese Rahmenbedingungen stimmen, entstehen Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die CDU-Landtagsfraktion blickt auf sechs erfolgreiche Jahre des politischen Gestaltens

zurück. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken. Es gibt mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und mehr Ausbildungsplätze für junge Leute. Und vor allem ist das durchschnittliche Einkommen der privaten Haushalte deutlich gestiegen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat diese Bilanz in einem Flyer zusammengetragen.

Den Flyer finden Sie auf unserer Homepage unter:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/wirtschaft.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de